

Illegale Migration ist ein zentrales Phänomen in der globalisierten Weltgesellschaft. Trotz europäischer Harmonisierung der Asyl- und Migrationspolitik unterscheiden sich die Lebensrealitäten irregulärer Migranten in den EU-Staaten erheblich. Einer der wichtigsten – und in der Praxis folgenschwerste – Unterschied besteht in Deutschland darin, dass illegale Einreise und Aufenthalt Straftaten sind. Dementsprechend hoch sind die normativen Kontrollmechanismen auf verschiedenen institutionellen Ebenen. Die Normenverbundlichkeit des § 87 AufenthG lässt bisher keine Lösungsmöglichkeiten z.B. im Bereich Beschulung, medizinische Versorgung und arbeitsrechtliche Absicherung zu.



Auch die Kommunalpolitik der Landeshauptstadt Hannover will dieses Phänomen nicht länger ignorieren. Bereits in der Koalitionsvereinbarung (2005) von SPD und Bündnis90/Die Grünen wie auch im Maßnahmenkatalog zur interkulturellen Arbeit (Juni 2006) und im Entwurf des Lokalen Integrationsplans wird die Fürsorgepflicht für diese Menschen

anerkannt, Ziele und Handlungsansätzen beschrieben.

Normen contra Humanität ?

Innerhalb der Diskussion in Deutschland zu diesem Thema lassen sich zwei Schwerpunktpositionen erkennen:
 Eine „ordnungsrechtliche“, von der aus illegale Einwanderung und Aufenthalt primär als ein Verstoß gegen das geltende Recht betrachtet wird, sowie eine „menschenrechtliche“, die ausgehend von den unveräußerbaren menschlichen Grundrechten auf die Sicherung sozialer Mindeststandards dringt.

Die Veranstalter laden ein zu einem öffentlichen Diskurs, um zusammen mit Expertinnen und Experten aus verschiedenen Disziplinen das Spannungsverhältnis „Normen contra Humanität“ an praktischen Beispielen zu diskutieren. In den Arbeitsforen sollen Lösungsmöglichkeiten erarbeitet werden, die als Entscheidungshilfe an Kommune, Region und Land weiter geleitet werden.

Ziel ist, langfristig das Grundrecht auf menschenwürdige Existenzbedingungen für Menschen ohne regulären Aufenthalt zu schaffen.

Programm	
09.00 Uhr	Ankommen, Anmeldung
09.30 Uhr	Eröffnung/Begrüßung Runder Tisch
	Grußwort Petra Wilke, Friedrich-Ebert-Stiftung
	Integrationspolitisches Statement Thomas Walter, Jugend- und Sozialdezernent, LHH
10.00 Uhr	Leben und arbeiten in der Illegalität Dr. Dita Vogel, HWWI
11.00 Uhr	Vorrang der Menschenrechte für Menschen ohne Papiere Dr. Ch. Dahling-Sander, Ev.-luth. Landeskirche Hannovers
11.45 Uhr	Talkrunde Situation von Menschen ohne legalen Aufenthalt in Hannover Einschätzungen aus der Praxis Moderation: Susanne Schröder, RA
13.00 Uhr	Mittagspause
14.00 Uhr	Arbeitsforen:
Forum 1	Medizinische Versorgung Input: Dr. Gerd Pflaumer Moderation: Reingard Ries
Forum 2	Bildung und Ausbildung Input: Maren Wilmes Moderation: Sigmar Walbrecht
Forum 3	Arbeitswelt Input: Dr. Norbert Cyrus Moderation: Tom Seibert
16.00 Uhr	Ergebnispräsentation/Ausblick
17.00 Uhr	Ende der Tagung

Teilnahme

Die Fachtagung richtet sich an Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Verwaltung in der Stadt und Region Hannover, an Praktikerinnen und Praktiker aus verschiedenen Bereichen (Beratungsstellen, Wohlfahrtsverbände, Flüchtlings-solidarität, Gewerkschaften, Schulen u. a.).

Die Teilnahme ist kostenlos, Verpflegung und Fahrtkosten sind selbst zu tragen.

Anmeldungen auf beigefügtem Formular unter Kennwort "Veranstaltung 16470411/EL" bis 24. März 2008 bitte bei Friedrich-Ebert-Stiftung Niedersachsen Rathenastr. 16 a 30159 Hannover
Tel. 0511-306622
Fax 0511-306133
e-mail: hannover@fes.de

Tagungsort

Neues Rathaus
Mosaiksaal
Trammplatz 2
D-30159 Hannover

Tagungsteam

Arzu Altug
Landeshauptstadt Hannover
Reingard Ries
Diakonisches Werk Stadtverband Hannover e.V.
Sigmar Walbrecht
Flüchtlingsrat Niedersachsen

Impressum

Landeshauptstadt Hannover
Büro Oberbürgermeister
Referat für Integration und Agenda 21
Trammplatz 2, 30159 Hannover

Runder Tisch für Gleichberechtigung -
gegen Rassismus, Hannover

Layout

Reingard Ries

Normen

contra

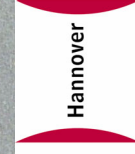
Humanität?

Fachtagung Menschen ohne legalen Aufenthalt

Hannover – 01. 04. 2008

Landeshauptstadt

Hannover



Haus kirchlicher Dienste
der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG